

Niederschrift der Sitzung des Gemeinderates
am Donnerstag, dem 17. November 2016,
im Sitzungssaal des Rathauses von Kleinrinderfeld

Öffentlicher Teil:

Beginn: 19:00 Uhr

Die Erste Bürgermeisterin Eva **Linsenbreder** begrüßt die anwesenden **Mitglieder des Gemeinderates**, Herrn Martin **Bischof** (gGKVS), Herrn Matthias **Ernst** (Mainpost) und alle der Sitzung beiwohnenden Zuhörer.

Sodann entschuldigt sie Gemeinderat Christoph **Müller** (private Verpflichtungen) sowie Gemeinderätin Luise **Then** (Urlaub) und merkt an, dass sich Gemeinderat Sven **Zipprich** geringfügig verspäten wird.

TOP 1

Festlegung der Tagesordnung für den öffentlichen Teil

Gemeinderat Sven **Zipprich** erscheint zur Sitzung:

19:02 Uhr

Beschluss:

Der Gemeinderat billigt die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung.

Abstimmung: **13 : 0**

TOP 2

Genehmigung der Niederschrift vom 20. Oktober 2016

Sachverhalt:

Der Zweite Bürgermeister Frank **Heß** vertritt die Auffassung, dass die Ausführungen unter Absatz 1 und 2 der Sachverhaltsdarstellung zu TOP 7 („*Personalentwicklung – Beratung und Beschluss über die Beauftragung eines externen Büros mit der Ermittlung der zur ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung erforderlichen Anzahl der Planstellen im administrativen und operativen Bereich*“) keinen direkten Bezug zu dem Verhandlungsgegenstand hätten und deshalb gestrichen werden sollten.

Verwaltungsleiter **Stadlbauer** entgegnet, dass die Absätze 1 und 2 zu Recht Eingang ins Protokoll fanden, da die Vorsitzende ihren Bericht zu TOP 7 exakt mit diesen Worten begann.

Nach dieser Erklärung schreitet das **Plenum** zur Abstimmung und fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Niederschrift vom 20. Oktober 2016 in der vorliegenden Form gemäß Artikel 54 Absatz 2 der Gemeindeordnung.

Abstimmung: **9 : 4**

TOP 3

Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung – Information über die Möglichkeiten und Grenzen sinnvoller Geschwindigkeitskontrollen (Berichterstatter: Martin Bischof, gGKVS) mit anschließender beschlussmäßiger Behandlung

Sachverhalt:

In der Sitzung am 15.09.2016 beauftragte das Plenum die Verwaltung, zu prüfen, unter welchen Konditionen die Gemeinde Kleinrinderfeld in die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung einsteigen könnte.

Nachdem aktuell keiner der im Landkreis Würzburg vorhandenen Verkehrsüberwachungs-Zweckverbände weitere Gemeinden aufnimmt, wendete sich die Verwaltung direkt an die gemeinnützige Gesellschaft für Kriminalprävention und Verkehrssicherheit (gGKVS), die auch die Geschwindigkeitsüberwachung für die Zweckverbände durchführt.

Der Geschäftsführer der gGKVS, Herr Martin Bischof, hat sich zwischenzeitlich mit der örtlichen Situation vertraut gemacht und darf dem Kommunalparlament heute seine Einschätzung darlegen. Anschließend gilt es, eine Entscheidung zu treffen.

Eine kommunale Geschwindigkeitsüberwachung nur für Limbachshof – so Martin **Bischof** – halte ich nicht für zielführend, da hier bereits durch andere geeignete Maßnahmen (Parken in der Ortslage) eine Verkehrsberuhigung erreicht werden konnte.

Um abzuschätzen, ob, wie aus dem Gremium eingeworfen, noch weitere Straßenzüge für mögliche Radarmessungen in Betracht kommen – fährt der **Geschäftsführer der gGKVS** fort –, müssten wir erst einmal Referenzmessungen vornehmen. Diese wären für Sie weder mit Kosten, noch mit weiteren Verpflichtungen verbunden. Da die Werte aber nicht durch verschneite oder vereiste Straßen verfälscht werden dürfen, sollten diese Messungen erst im Frühjahr 2017 erfolgen.

Dieser Vorschlag findet schnell breite Zustimmung im **Plenum**, da sich alle einig sind, dass ohne fundierte Erkenntnisse keine soliden Entscheidungen getroffen werden können.

Auch die Anregung der Verwaltung, dass jede Fraktion drei bis vier geeignete Kontrollpunkte für die Referenzmessungen benennen soll, wird von den **Mitgliedern des Gemeinderates** gerne aufgegriffen.

Die **Vorsitzende** bringt das Ergebnis der Erörterung sodann in eine beschlussfähige Form und stellt es zur Abstimmung.

Daraufhin fasst das **Kommunalparlament** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat teilt die Einschätzung des Herrn Martin Bischof, dass vor einer Entscheidung über den Einstieg in die kommunale Geschwindigkeitsüberwachung, die sich im Übrigen nicht nur auf Limbachshof beziehen kann, belastbare Zahlen zu den Geschwindigkeitsverstößen im Gemeindegebiet erhoben werden müssen und nimmt sein Angebot, im Frühjahr 2017 kostenlos entsprechende Referenzmessungen vorzunehmen, dankend an. Die Fraktionen werden ihm hierzu geeignete Messstellen vorschlagen.

Abstimmung: **13 : 0**

TOP 4

Beratung und Beschluss über den Bauantrag der Frau Katja Henneberger und des Herrn Jan Zszech: Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Flurnummer 1205

Sachverhalt:

Frau Katja Henneberger und Herr Jan Zszech beabsichtigen, auf dem bereits mit einem Wohnhaus und einer Garage bestandenen Grundstück Flurnummer 1205 (Geroldshäuser Straße 20) ein weiteres Wohnhaus mit Doppelgarage zu errichten.

Nachdem das Landratsamt Würzburg den rückwärtigen Teil des betreffenden Flurstücks schon dem Außenbereich (§ 35 BauGB) zurechnet, liegt die Zuständigkeit für die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens beim Gemeinderat.

Da das Wohnhaus nahtlos an die oberhalb des Grundstücks Flurnummer 1205 vorhandene Bebauung (Anwesen „Geroldshäuser Straße 22“ und „Geroldshäuser Straße 22 a“) anknüpfen und diese abrunden würde, gibt es aus Sicht der Verwaltung keine Gründe, dem Baufall das gemeindliche Einvernehmen zu versagen. Diese Einschätzung untermauert auch der Flächennutzungsplan. Der Teil des Flurstücks 1205, auf dem das Gebäude errichtet werden soll, ist dort als Mischgebiet ausgewiesen.

Die abschließende Würdigung bleibt aber dem Plenum vorbehalten. Es wird heute um Meinungsbildung und Entscheidung gebeten.

Nach kurzer Aussprache fassen die **Mitglieder des Gemeinderates** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat erteilt dem Bauvorhaben der Frau Katja Henneberger und des Herrn Jan Zszech (Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Flurnummer 1205) das gemeindliche Einvernehmen.

Abstimmung: **13 : 0**

TOP 5

Beratung und Beschluss über die Entlassung des Herrn Erich Amrehn aus dem Gemeinderat

Vor dem Einstieg in die Verhandlungen stellt die **Erste Bürgermeisterin** fest, dass Gemeinderat Erich **Amrehn** bei der Beratung und Abstimmung über sein Entlassungsgesuch aufgrund persönlicher Beteiligung nicht mitwirken darf.

Daraufhin fasst der **Gemeinderat** folgenden

Beschluss:

Gemeinderat Erich **Amrehn** wird wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 5 ausgeschlossen.

Abstimmung: **12 : 0**

Da ihm der Beschluss gilt, enthält sich Gemeinderat Erich **Amrehn** gemäß Artikel 49 Absatz 3 der Gemeindeordnung der Stimme und rückt nach dem Beschluss etwas vom Ratstisch ab.

Sodann informiert die **Vorsitzende** das Plenum über folgenden

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 20.10.2016 teilte Herr Erich Amrehn der Ersten Bürgermeisterin mit, dass er sein Gemeinderatsmandat aus persönlichen Gründen mit Wirkung ab dem 01.01.2017 niederlegen wird.

Obgleich die Gemeindeordnung keine Voraussetzungen mehr an die Niederlegung des Mandats knüpft, ist diese dennoch beschlussmäßig zu behandeln.

Deshalb bittet die Verwaltung das Plenum, nunmehr den erforderlichen Beschluss zu fassen.

Der Fraktionssprecher der UWG Thomas **Scheuermann** bedauert die Entscheidung seines Fraktionskollegen und bittet um Auskunft, was geschehen würde, sollte der Gemeinderat das Rücktrittsgesuch ablehnen.

In diesem Fall – so Verwaltungsleiter **Stadlbauer** – müsste der rechtswidrige Beschluss durch die Vorsitzende beanstandet und eine erneute Abstimmung herbeigeführt werden. Sollte auch die zweite Abstimmung in eine Ablehnung des Rücktrittsgesuches münden, wäre der Vorgang der Kommunalaufsicht vorzulegen, die den rechtswidrigen Beschluss sodann aufheben würde.

Nach diesen Ausführungen schreitet das **Plenum** zur Abstimmung und fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat entlässt Herrn Erich **Amrehn** mit Wirkung ab dem 01.01.2017 aus dem Gemeinderat.

Abstimmung: **11 : 1**

Nachdem der Tagesordnungspunkt abgehandelt ist, rückt Gemeinderat Erich **Amrehn** wieder an den Ratstisch heran.

TOP 6

Beschluss über die Nachbesetzung des vakanten Mandates der UWG

Sachverhalt:

Mit der Entlassung des Herrn Erich Amrehn aus dem Gemeinderat mit Wirkung zum 01.01.2017 wird ein Sitz der Unabhängigen Wählergemeinschaft Kleinrinderfeld (UWG) vakant.

Der von der Vorsitzenden am 21.10.2016 angeschriebene Listennachfolger des scheidenden Kommunalparlamentariers, Herr Reiner Spiegel, hat das Mandat am 08.11.2016 ohne Vorbehalte schriftlich angenommen und sich bereit erklärt, den Amtseid bzw. das Gelöbnis abzulegen.

Somit ist die Nachfolge geregelt. Das Plenum kann jetzt den erforderlichen Feststellungsbeschluss treffen.

Nachdem niemand das Wort wünscht, ruft die **Vorsitzende** sofort zur Abstimmung auf.

Daraufhin fassen die **Mitglieder des Gemeinderates** folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt fest, dass der vakante Gemeinderatssitz der Unabhängigen Wählergemeinschaft Kleinrinderfeld (UWG) zufällt. Er wird dem Listennachfolger des Herrn Erich Amrehn, Herrn Reiner Spiegel, zugesprochen. Er hat sich am 08.11.2016 ohne Vorbehalte schriftlich zur Übernahme des Mandates und zur Eidesleistung bzw. zum Ablegen des Gelöbnisses bereit erklärt.

Abstimmung: **13 : 0**

Da der Berichterstatter zu TOP 7, Herr Architekt Stephan **Haas**, erst um 19:30 Uhr, also in etwa 5 Minuten, im Rathaus eintreffen wird, regt die **Erste Bürgermeisterin** an, TOP 8 vorzuziehen.

Nachdem sich das **Plenum** damit einverstanden zeigt, ruft die **Vorsitzende** TOP 8 auf.

TOP 8

Information über den aktuellen Finanzstatus der Gemeinde

Sachverhalt:

Einer Bitte aus dem Plenum entsprechend, darf heute kurz über den aktuellen Finanzstatus der Gemeinde berichtet werden.

Das Haushaltsjahr 2016 verlief bisher durchaus positiv. Bei der Gewerbesteuer wird mit Mehreinnahmen in Höhe von 110.000 € gerechnet (Ansatz: 900.000 €; erwartete Einnahmen: 1.010.110,48 €).

Mit den Ausgaben – ergänzt der **Fachplaner** – bewegen wir uns ebenfalls im Rahmen der ursprünglichen Kostenberechnung. Die geringfügigen Nachträge werden durch die Einsparungen, die wir bei der Vergabe verschiedener Gewerke erzielen, wieder egalisiert.

Die **Mitglieder des Gemeinderates** nehmen den Bericht aufmerksam zur Kenntnis und nutzen die Gelegenheit für Rückfragen.

Nachdem alle Wortmeldungen abgearbeitet sind, bedankt sich die **Vorsitzende** beim Referenten für den fundierten Sachvortrag und schließt den Tagesordnungspunkt ab.

TOP 9

Benachrichtigungen und Anfragen

1. Benachrichtigungen der Verwaltung:

1.1 Ergänzung der Straßenbeleuchtung – Sachstandsbericht

Die Stadtwerke Würzburg AG hat die neuen LED-Straßenlaternen am Wengert, in der Röckertstraße und im Blumenweg in der ersten November-Woche aufgestellt. Das Projekt ist damit abgeschlossen.

1.2 Machbarkeitsstudien „Junges Wohnen“ und „Gewerbe“ – Sachstandsbericht

Das Architektur- und Ingenieurbüro Haas + Haas hat die Aufnahme des Dorfes für die Machbarkeitsstudien „Junges Wohnen“ und „Gewerbe“ zwischenzeitlich abgeschlossen.

Aktuell bereitet es die Daten auf, um sie dem Gemeinderat im Rahmen eines Workshops am Samstag, dem 28.01.2017 um 10.00 Uhr im Gemeindehaus vorzustellen.

Die Mitglieder des Plenums werden gebeten, sich den Termin schon jetzt vorzumerken.

1.3 Information zu den bevorstehenden Veranstaltungen der Vereine und Organisationen

19.11.2016	Freiwillige Feuerwehr; Kameradschaftsabend
23.11.2016	Kita „St. Martin“; Adventsmarkt
25. – 27.11.2016	Partnerschaftskomitee; Besuch des Adventsmarktes in Colleville-Montgomery
26.11.2016	Förderverein Musiktreff; November-Vibrations
30.11.2016	Gemeinde; Bürgerversammlung
02.12.2016	Wanderclub; Weihnachtsfeier
03.12.2016	Schützenverein; Nikolausfeier
04.12.2016	Gemeinde; Weihnachtsmarkt

Bezüglich Zeit, Ort und Ablauf der einzelnen Veranstaltungen wird auf die gemeindlichen Publikationen (Veranstaltungskalender, Nachrichtenblatt) verwiesen. Zu allen öffentlichen Veranstaltungen ergeht von den Vereinen und Organisationen herzliche Einladung.

2. Anfragen aus dem Gremium:

- 2.1 Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger auf die Bürgerversammlung aufmerksam zu machen, regt der Dritte Bürgermeister Wolfgang **Schölch** an, sie mit einem ein Plakat am Ortseingang (Bushaltestelle am Wengert) zu bewerben.

Die Anregung – so die **Vorsitzende** – nehme ich gerne auf. Wir werden prüfen, was sich hier kurzfristig bewerkstelligen lässt.

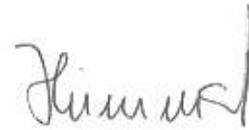
Nachdem die Tagesordnung abgehandelt ist und keine weiteren Anfragen vorgetragen werden, schließt die **Vorsitzende** den öffentlichen Teil der Sitzung um **19:45 Uhr**.

Die Vorsitzende:



Eva Linsenbreder
Erste Bürgermeisterin

Die Schriftführerin:



Elisabeth Hümmert
Verwaltungsfachangestellte

Die Niederschrift wurde in der Sitzung vom **08. Dez. 2016** nach Art. 54 Abs. 2 GO vom Gemeinderat genehmigt.



Eva Linsenbreder
Erste Bürgermeisterin